

Verabschiedet am 31.01.2015 von der Delegiertenversammlung der FDP.Die Liberalen

Liberales Rezept für die Schweiz

Unsere Lösungen gegen den starken Franken

Die Abschaffung des Mindestkurses bringt die Schweizer Wirtschaft und damit die Arbeitsplätze in unserem Land unter Druck. FDP.Die Liberalen fordert deshalb, dass der Standort Schweiz durch die bestmöglichen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gestärkt wird. Dazu braucht es den Schulterschluss aller bürgerlichen Parteien. Die FDP ist dazu bereit. Denn Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt sind die Basis unserer Zukunftsstrategie – aus Liebe zur Schweiz.

Die FDP respektiert die Institutionen und anerkennt die Unabhängigkeit der Schweizer Nationalbank (SNB). Die Politik hat sich nicht in die geldpolitischen Aufgaben der SNB einzumischen. Die FDP ist überzeugt, dass die Schweizer Unternehmen stark genug sind, um sich nach dem Markt auszurichten und sich Veränderungen anzupassen. Dafür müssen aber die Rahmenbedingungen stimmen. Die FDP will Desindustrialisierung und Verlagerung der Produktionsstandorte ins Ausland verhindern.

Die Wirtschaft sind wir alle. Sie ist kein Selbstzweck, sondern schafft Arbeitsplätze und Wohlstand. Dank breiter Abstützung auf starke Unternehmen jeglicher Grösse in Werk- und Finanzplatz können wir Krisen trotzen. Die gegenwärtige Stimmung der Unsicherheit in unserem Land, die durch den Frankenschock akzentuiert wird, können wir überwinden, wenn wir für die Herausforderungen gute Lösungen finden.

Es ist fünf vor Zwölf: Die Politik muss die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen rasch und effektiv verbessern. Das bedeutet: Weniger Bürokratie und Regulierungen, tiefere Steuern und Gebühren, Massnahmen zugunsten einer offenen und innovativen Schweiz. Das bedeutet aber auch, dass sich der Staat nicht auf Kosten der Wirtschaft ausbreiten und wachsen kann.

Unsicherheit ist Gift für Unternehmen. Aktuell ist die Unternehmenssteuerreform III zentral für die kurz- und langfristige Strategie der Unternehmen in unserem Land. Der Bundesrat und alle Stufen der Politik müssen jetzt den Prozess beschleunigen und möglichst schnell Antworten präsentieren.

Was die Schweizer Wirtschaft so unvergleichlich stark macht, ist ihre Wettbewerbsfähigkeit. Sie stellt sich weltweit der Konkurrenz, setzt auf Innovation und ist leistungsorientiert. Ein weiterer Trumpf unserer Wirtschaft ist die hohe Qualität der Produkte von KMU, Gewerbe und Landwirtschaft, welche einen essentiellen Teil unserer Wirtschaft darstellen. Konjunkturpolitische Krücken und staatliche Eingriffe lehnt die FDP klar ab. Löhne sind Sache der Sozialpartner, nicht der Politik. Ebenso klar lehnen wir eine bevormundende Abschottung des Schweizer Marktes ab. Wir laden Verbände und Organisationen dazu ein, ihre hochwertigen Produkte innerhalb der Schweiz aktiv zu bewerben. Ausserdem fordern wir, dass Importeure Währungsgewinne an die Konsumenten weitergeben, um so den Einkaufstourismus einzudämmen.

Unsere Unternehmen sehen leider einer schwierigen Zeit entgegen. Die FDP unterstützt vorbehaltlos den vorübergehenden zusätzlichen Rückgriff auf Kurzarbeit, damit die Unternehmen ihre qualifizierten Fachkräfte auch bei Engpässen halten können.

Wettbewerbsschädliche Initiativen, Wahlgewinne und überbeuerte „Reform“-projekte sind zu stoppen. Die FDP wird insbesondere ankämpfen gegen: Nationale Erbschafts- und Schenkungssteuer, steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen, die schädliche Initiative „Energie- statt Mehrwertsteuer“, die unnötige Vorlage „Grüne Wirtschaft“ und Erhöhungen der Energieabgaben im Rahmen der Energiestrategie 2050.

1. Bürokratie abbauen und administrative Kosten senken

Forderung 1: Senkung der administrativen Kosten für Unternehmen

Der Regulierungskostenbericht des Bundesrates zeigt verschiedene Verbesserungsmassnahmen auf, um Unternehmen von unnötiger und teurer Bürokratie zu entlasten. Diese sind nun unverzüglich umzusetzen: Vereinheitlichung der Baunormen, Ausbau E-Government, vereinfachte Meldungen im Bereich Sozialversicherungen, One-stop-shop und Abbau des Aufwands für Unternehmensstatistiken.

Forderung 2: Abbau der Bürokratie am Zoll für Import und Export

Nur der Abbau technischer Handelshemmnisse kann die Hochpreisinsel Schweiz bekämpfen. Die Vorstösse zu diesem Thema müssen umgehend umgesetzt werden ([14.3011](#), [14.3012](#), [14.3013](#), [14.3014](#), [14.3015](#)). Zollverfahren müssen vereinfacht, die Zollgebühren gesenkt, abgestufte Pauschalen bei der Postverzollung eingeführt, der Ursprungsnachweis vereinfacht, der Mindestzoll angehoben werden. Keine weiteren bürokratischen Vorschriften für Landwirtschaftsprodukte.

Forderung 3: Senkung der Gebühren für Unternehmen

Eine Umfrage bei den Unternehmen soll zeigen, welche Gebühren und Abgaben besonders ins Gewicht fallen. Solche Gebühren sind dann auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen. Verbleibende Gebühren müssen auf ein kostendeckendes Niveau gesenkt werden (z. B. Entsorgungsgebühren, Gebühren bei Unternehmensgründung).

Forderung 4: Mehrwertsteuereinheitssatz von 6 % mit Steuerbefreiung für Grundnahrungsmittel

Der Einheitssteuersatz entlastet besonders KMU von unnötiger Bürokratie und Staatskontrolle. Sie gewinnen Zeit und Geld für mehr Innovation und Wertschöpfung. Hunderte Millionen Franken werden eingespart. Mit der Steuerbefreiung für wenige Güter des täglichen Bedarfs (u. a. Grundnahrungsmittel und Medikamente) sichern wir die Entlastung der Haushalte.

Forderung 5: Rasche Senkung der Mehrwertsteuer im Falle einer schweren Rezession

Falls es in Folge der Frankenstärke und der Untätigkeit der Politik zu einer schweren Rezession kommt, muss der Satz der Mehrwertsteuer umgehend auf 5 % gesenkt werden. Dies entlastet alle Wirtschaftskteure in unserem Land und kurbelt den Konsum an. Das laufende Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket (KAP) ist dementsprechend auszubauen.

2. Der Wirtschaft keine neuen Steine in den Weg legen

Forderung 6: Erhalt der bilateralen Verträge mit der EU

Europa bleibt unser wichtigster Handelspartner. Die bilateralen Verträge mit der EU umfassen wichtige Bereiche wie Forschung, Zollerleichterungen und Beschaffungswesen. Diese Errungenschaften dürfen jetzt erst recht nicht infrage gestellt werden.

Forderung 7: Wettbewerbsschädliche Projekte stoppen

Keine Erhöhung der Energieabgaben (Energiestrategie 2050), keine Überregulierung in der Aktienrechtsrevision inkl. Lohnpolizei, keine überschüssende Finanzmarktregulierung, keine bürokratischen oder protektionistischen Auflagen in der Swissness-Vorlage, nein zur schädlichen Vorlage „Grüne Wirtschaft“.

Forderung 8: Keine neuen Steuern, keine Wahlgeschenke

Wir kämpfen gegen: Nationale Erbschafts- und Schenkungssteuer, steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen sowie die unrealistische und schädliche Initiative „Energie- statt Mehrwertsteuer“.

Forderung 9: Flexiblen und liberalen Arbeitsmarkt erhalten

Ohne die flankierenden Massnahmen auszuweiten, sollen diese konsequent angewendet werden, um gegen Missbräuche vorzugehen. Erhalten der bewährten Lohn- und Arbeitszeitverhandlungen zwischen den Sozialpartnern, zeitgemässe Regelung der Arbeitszeiterfassung, Förderung des inländischen Arbeitskräftepotentials.

3. Investitionen und Wertschöpfung am Standort Schweiz fördern

Forderung 10: Rasche und effektive Unternehmenssteuerreform (USR) III

Jegliche Gegenfinanzierung, insbesondere eine Kapitalgewinnsteuer, ist zu streichen. Das Gesetz muss schnell und ohne Nachteile für die Wettbewerbsfähigkeit umgesetzt werden. Die Stempelabgabe auf Eigenkapital gehört abgeschafft. Wir fordern: breite Lizenzboxen, zinsbereinigte Gewinnsteuer auf Sicherheitseigenkapital, Abschreibung stiller Reserven und Senkungen der Gewinnsteuer.

Forderung 11: Stempelsteuer schrittweise abschaffen

Die Stempelabgabe auf Eigenkapital, Versicherungsprämien und Umsatzabgaben bringen der Schweiz Wettbewerbsnachteile. In den meisten EU Staaten (u. a. in Deutschland, Grossbritannien und Luxemburg) wurde die Emissionsabgabe auf Eigenkapital längst abgeschafft. Unternehmensfinanzierung muss attraktiver werden – so können wir Arbeitsplätze mit hoher Wertschöpfung schaffen.

Forderung 12: Standortförderung unterstützen und Infrastrukturen stärken

Der Aussenauftritt der Schweiz als Wirtschaftsstandort und Tourismusdestination muss besser koordiniert sein. Damit erhöhen sich Wirksamkeit und Effizienz der Standortwerbung. Im Inland ist die Infrastruktur flächendeckend und mit Blick auf die künftigen Bedürfnisse zu stärken, dies gilt insbesondere für Mobilität sowie Informations- und Kommunikationstechnologien.

4. Offenheit und Innovation sichern eine erfolgreiche Schweiz

Forderung 13: Innovation, Forschung und Bildung fördern

Die Schweiz braucht das weltbeste Bildungssystem. Investitionen in innovative Start-ups sollen vereinfacht werden (z. B. durch private Innovationsfonds oder weniger Auflagen für Pensionskassen). Der Zugang zur internationalen Forschungszusammenarbeit muss gesichert werden (u. a. Horizon 2020). Und: wir wollen die wirtschaftsnahe Umsetzung des Nationalen Innovationsparks vorantreiben.

Forderung 14: Weitere Freihandelsabkommen im Interesse der Schweiz abschliessen

Die Schweizer Wirtschaft soll die bestmöglichen Bedingungen für den globalen Marktzutritt erhalten. Synergien bei der Entwicklungszusammenarbeit sind stärker zu nutzen. Ein besonderer Fokus muss auf den Schwellenländern liegen. Die Immaterialgüterrechte sind bei den Freihandelsabkommen zu achten.

Forderung 15: Liberalisierung statt Marktabschottung

Die Ladenöffnungszeiten sollen endlich liberalisiert werden. Dies im Sinne einer Teilharmonisierung der Öffnungszeiten schweizweit, aber auch mit liberalen Regeln im Arbeitsrecht für Tourismusregionen (Mo. [12.3791](#)). Letzteres soll gleichfalls für Grenzregionen gelten, welche beim Einkaufstourismus im Wettbewerb mit dem nahen Ausland stehen. Auch wollen wir keine weitere Abschottung des Schweizer Marktes durch Sonderlösungen.

5. Staatliches Handeln zu Gunsten der Wirtschaft

Forderung 16: Der Staat darf nicht auf Kosten der Wirtschaft wachsen

Die Ausgaben der öffentlichen Hand müssen bis auf weiteres auf dem Niveau des Rechnungsjahres 2014 eingefroren werden. Der Bund soll keine neuen Stellen mehr schaffen, ausser im Bereich der Ausbildung oder wenn sie die wirtschaftliche Wertschöpfung direkt unterstützen. Und: keine neuen Steuern während fünf Jahren.

Forderung 17: Keine Wettbewerbsverzerrungen durch Staatsunternehmen

Staatsbetriebe haben sich generell auf ihren öffentlichen Auftrag im Bereich Service public zu beschränken. Wettbewerbsverzerrende staatliche Beihilfen sind abzuschaffen.

Forderung 18: Keine überteuerte Reform der Altersvorsorge

Der Vorschlag des Bundesrates zur Sanierung der Altersvorsorge sieht eine massive Erhöhung der Mehrwertsteuer und der Lohnnebenkosten vor. Die AHV braucht nun dringender denn je eine echte Schuldenbremse. Im BVG müssen die technischen Parameter umgehend der Realität angepasst und entpolitisiert werden.